
Haushaltsrede des Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen für den Doppelhaushalt 2021/2022

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Beigeordneter Schwarz,

werte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

der heute hier vorgestellte Haushaltsplan für das Jahr 2024 hat ein Volumen von 800 Millionen Euro, bei Lücke von knapp 26 Millionen Euro zwischen Einnahmen und Ausgaben, die vor allem dem strukturellen Defizit im Sozialbereich geschuldet sind. Den Hintergrund – die jahrzehntelange, verfassungswidrige Verletzung des Konnexitätsprinzips durch den Bund und vor allem das Land – hat nicht nur die AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen hier bereits mehrfach ausführlich geschildert, so dass ich uns eine weitere Wiederholung ersparen möchte. Die entsprechenden Haushaltsreden sind bei doch bestehendem Interesse im Ratsinformationssystem der Stadt Ludwigshafen einzusehen. Festzustellen bleibt lediglich, dass sich an diesem Hintergrund nichts geändert hat.

Nach wie vor erhalten wir aus den Steuereinnahmen der Bundesrepublik, die im nächsten Jahr die Rekordsumme von einer Billion Euro erreichen werden, nicht die notwendigen Mittel, um unsere Pflichtausgaben erfüllen zu können.

Die angekündigte Übernahme von 547 Millionen Euro sogenannter Liquiditätskredite durch das Land ändert daran auch zukünftig nichts. aufgenommen wird. Daher fordern der Kämmerer und Oberbürgermeisterin von Bund und Land für die Kommunen einen höheren Anteil aus den

Steuereinnahmen, eine Forderung, die in diesem Stadtrat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bereits mehrfach, ja fast Gebetsmühlenartig erhoben wurde, ohne dass sich an der Sitzung etwas geändert hätte. Auch dieser Hintergrund ist schnell erläutert: Es hierzu lediglich eine Äußerung des damaligen Kämmerers Zeiser aus dem Jahr 2011 angeführt, nach dem aus dem Sozialstaat als „Rettungssystem in Notfällen“ ein „Versorgungssystem“ geworden sei. Ein Blick auf das Bürgergeld beweist: Das Versorgungssystem wird immer weiter ausgebaut. Die Ausgleichszahlungen an die Kommunen nicht.

Das hat Folgen. Projekte wie der Kita-Ausbau, Schulsanierungen oder der Ausbau von Straßen oder des Radwegenetzes müssen verschoben oder gestreckt werden, so dass der ohnehin schon untragbare Sanierungsstau mittlerweile einige Hundert Millionen Euro beträgt. Finanzielle Löcher, die sich nicht selten zu Löchern in städtischen Gebäuden und auf städtischen Straßen entwickelt haben. Und wer um den Zustand vieler Schultoiletten weiß, weiß auch, dass diese Schlaglöcher nicht am Unangenehmsten sind.

Die Stadt Ludwigshafen ist – Altschuldenübernahme hin, Steuererhöhungen her – nicht mehr in der Lage, ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Der Umstand, dass hier Priorisierungen von Pflichtaufgaben vorgenommen werden müssen, die – anders als andere „soziale Wohltaten“, die aus Berlin oder Mainz in alle Welt ausgeschüttet werden – tatsächlich grundlegende staatliche Pflichten beinhalten, und das, obwohl in Deutschland noch nie so viel Steuergelder vom Bürger erarbeitet wurde, ist nicht mehr hinnehmbar.

Ein Ludwigshafener Journalist hat den Haushalt vor einigen Tagen treffend zusammengefasst: „Die Bürger müssen immer mehr Abgaben zahlen, bekommen aber von der Stadt immer weniger Gegenleistungen dafür.“

Jetzt ist für unsere Fraktion ein Punkt erreicht, ab dem wir nicht mehr mitgehen können.

Wir brauchen entweder erheblich weniger Pflichtaufgaben im sozialen Bereich – was angesichts der Äußerung des Bundeskanzlers auf dem SPD-Parteitag, der Sozialstaat sei die Wurzel des Wohlstands in Deutschland, kaum zu erwarten ist – oder aber mehr Geld.



Alternative für Deutschland
Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen

Ludwigstraße 20
67059 Ludwigshafen

Da Deutschland aber mittlerweile trotz einer Billion an Steuereinnahmen nicht mehr weiß, wie es alle sein Rechnungen bezahlen soll und ja auch weiterhin gefühlt ständig sechsstellige Millionensummen ins Ausland verschenkt werden müssen, dürfte auch hier nichts zu erwarten sein.

Wir sehen uns daher außerstande, diesem Haushaltsplan zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Johannes Thiedig
Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen